

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 12

Artikel: Der Wohlfahrtsstaat : das Ideal der englischen Konservativen!
Autor: J.W.B.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336242>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sie ist bereit, heute dem und morgen jenem zu gehören. Sie wird für keine positive Überzeugung irgend etwas riskieren. Wenn eines Tages die Besetzung zu Ende sein wird, wird in der Bevölkerung der Sowjetzone ein einziges Gefühl frei werden, das Gefühl des furchtbaren Hasses gegen die SED, das noch stärker sein wird als die Abneigung gegen die Russen. Dieser Haß wird nicht ausgewogen sein von einer Hinneigung zur Demokratie, er wird absolut negativ und zerstörerisch sein, ein Haß des Nihilismus, der ganz Deutschland und ganz Europa gefährden wird. Jede andere Meinung, die die Dinge leichter nimmt, ist gefährlich, denn sie erzeugt Illusionen.

Der Wohlfahrtsstaat — das Ideal der englischen Konservativen!

Es ist vielleicht nicht unnütz, einmal darauf hinzuweisen, daß die Werbekraft der von sozialistischen Regimen verwirklichten sozialen Reformen bei allen Schichten der Bevölkerung eine so starke ist, daß die Agitation der bürgerlich-kapitalistischen Parteien ihr weitgehend Rechnung tragen muß. Die britischen Konservativen waren wohl der Prototyp der bürgerlichen Partei, die in dem berühmten «freien Spiel der Kräfte» die Zauberformel zur Lösung aller Schwierigkeiten der Gegenwart sieht, und wie sie sich räusperten und wie sie spuckten, das hatten ihnen die gleichgesinnten Parteien auf dem Kontinent immer getreulich abgeguckt. Aber das war einmal! In dem kürzlich veröffentlichten Wahlprogramm für 1950 «Der richtige Weg für Britannien» vermeiden es die Konservativen ängstlich, der sozialistischen Parole vom Wohlfahrtsstaat eine andere, ihnen besser scheinende Alternative entgegenzusetzen, ja sie machen sich diese Idee sogar zu eigen und versprechen feierlich, falls die Wähler ihnen wieder in den Sattel verhelfen sollten, nichts von dem, was die Arbeiterregierung für die arbeitenden Menschen geschaffen hat, abzubauen, sondern es im Gegenteil noch zu verbessern. Man muß das schon wörtlich genießen:

«Die sozialen Einrichtungen sind auch nicht mehr der Theorie nach eine Form der Armenfürsorge. Sie stellen ein kooperatives System der gegenseitigen Hilfe und der Selbsthilfe dar, zu der die ganze Nation beiträgt und das dazu bestimmt ist, allen das notwendige Minimum an Sicherheit, Behausung, Gelegenheit, Beschäftigung und Lebensstandard zu bieten, unter das irgend jemanden fallen zu lassen uns unsere Pflicht dem Nebenmenschen gegenüber verbietet ...

Die sozialistische Regierung hat im Wesen nur das von der (konservativ-sozialistischen) Koalition der Kriegsjahre begonnene Werk vollendet. In manchen Fällen hatte sie nur schon ausgearbeitete Gesetzesentwürfe dem Parlament vorzulegen.

Trotz dem Geiste des Klassenkampfes, durch den besonders der Gesundheitsminister (Bevan) versucht hat, die nationale Einigkeit zu zerstören, hat die Konservative Partei die neuen Maßnahmen begrüßt, zu deren Schaffung sie soviel beigetragen hat. Wir betrachten sie hauptsächlich als unsere Leistung. Wir werden uns getreulich bemühen, den Umfang, das Ausmaß und die Sätze der Leistungen zu erhalten.

Die seit 1946 mit der Administration der erweiterten Sozialversicherung gesammelten Erfahrungen haben eine Reihe von Möglichkeiten für mögliche und notwendige Verbesserungen bei nächster Gelegenheit gezeigt. Wir schlagen vor, sie in der nächsten Legislaturperiode des Parlaments durchzuführen. Wir wollen das Hauptgewicht auf die Beschleunigung der Auszahlung der Geldleistungen, insbesondere des Krankengelds, legen.»

Soviel über das die gesamte Bevölkerung und alle Risiken erfassende System der sozialen Sicherheit. Aber den «bolschewistischen» Gesundheitsdienst wollen die Konservativen doch wieder abschaffen? Haben Sie denn nicht in der «Neuen Zürcher Zeitung» gelesen, daß er Patienten und Aerzten die Freiheit raubt? Churchill und Eden sind anderer Meinung:

«... Der Gesundheitsdienst ist als allumfassend gedacht, und jeder seiner Sektoren soll jedem Mitglied der Bevölkerung zugänglich sein. Wir werden daher privaten Patienten ermöglichen, im gleichen Maße wie Patienten im Rahmen des öffentlichen Dienstes gratis Medikamente zu erhalten ...»

Vieles muß getan werden, damit die Spitäler voll ausgestattet sind, um allen Anforderungen zu genügen, aber das kann in der Zeit großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht während der Lebensdauer eines Parlaments vollendet werden. Es muß daher Prioritäten geben. Eine konservative Regierung wird der Eröffnung neuer Spitalbetten und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals den Vorzug geben...»

Also nicht weg mit dem Werk des Bürgerschrecks Bevan, sondern gebt uns mehr davon — so lautete der konservative Kriegsruf 1949. Warum sollen nur 95 Prozent der Bevölkerung alle Medikamente gratis haben, wir guten Konservativen wollen das auch dem Rest zukommen lassen! Das alles ist natürlich eitel Lug und Trug. Wären die Konservativen wirklich solche Schwärmer für den sozialen Fortschritt, für Kranken-, Alters- und Arbeitslosenversicherung, für die Abschaffung von Spitalrechnungen und von ärztlichen Honoraren, dann hätten sie ja alles das in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität ungehindert verwirklichen können, als sie an der Macht waren. Während des Krieges haben sie nicht gewagt, den von den Sozialisten betriebenen Reformprojekten Widerstand entgegenzusetzen — heute rühmen sie sich ihrer Autorschaft daran. Nach dem Krieg haben sie im Parlament gegen alle die Gesetze gestimmt, die sie jetzt verbessern wollen, ja sie haben sogar die Aerzte in einen Streik gegen den staatlichen Gesundheitsdienst hineinzuhetzen versucht. Kämen sie wieder zur Macht, würden sie soviel von den Errungenschaften der letzten Jahre beseitigen, als sie von ihrem Standpunkt aus für tragbar halten. Trotzdem sind auch diese konservativen Lippenbekenntnisse zum Wohlfahrtsstaat ein wichtiges Symptom, an dem man nicht achtlos vorbeigehen sollte. Aehnliches hat sich kürzlich in Amerika abgespielt: Herbert Lehmann, der erfolgreiche demokratische Kandidat für einen Senatssitz — zwar ein humanitär eingestellter Mensch, aber ein Bankier von Beruf und allem sozialistischen Denken fern — hat den Kampf gegen seinen republikanischen Gegenkandidaten John Foster Dulles hauptsächlich mit dem Nachweis geführt, daß Dulles dem Gedanken des Wohlfahrtsstaates, dem sich Lehmann ebenso wie Truman verschrieben haben, fremd und feindlich gegenüberstehe. Dulles wieder hat keineswegs mit einer der bei der «Neuen Zürcher Zeitung» oder den «Basler Nachrichten» üblichen Attacke auf den Gedanken der Pflichtversicherung und eines dem Bereich privaten Gewinnstrebens entrückten Gesundheitsdienstes geantwortet, sondern vielmehr auch seinerseits wieder beteuert, wie nahe seinem Herzen die Ideale des sozialen Fortschritts seien. Man kann eben heute fast nirgends mehr auf der Welt mit antisozialistischen Schlagworten in die Wahlen ziehen, wenn man erfolgreich sein will: das ist vielleicht das größte der internationalen Verdienste, die sich

das Labourregime erworben hat. Es mag noch da und dort einige Schildbürger geben, die sich mit wahrem Geusenstolz einer ob solchem ewiggestrigen Betragen staunenden Mitwelt als die letzten Mohikaner des Kapitalismus vorzustellen belieben. Aber die Zeit ist zumindest nicht fern, die sie zwingt, zu sehen, wie lächerlich sie sich dabei machen!

J. W. B.

WERNER LÜTHI

Bescheid über Nichteintreten

Auf den Artikel des Genossen Robert Meyer («Rote Revue», September 1949) hat der Bundesanwalt, Herr Prof. Dr. Werner Lüthi, mit folgenden Zeilen geantwortet:

Der Meyer'sche «Hundtagsbrief» hat mich erreicht,
doch bin mit nichtschen ich darob erbleicht.

Mit sich'rer Hand griff ich nach dem geschriebnen Recht,
damit dem Briefverfasser es Belehrung brächt'.

Von 1850 das Gesetz, betreffs Verantwortlichkeit,
nennt in Art. 18 ff. als Besonderheit:

Geht es um Klagen gegen den hohen Bundesrat,
das Parlament «einen besondern Staatsanwalt» zu wählen hat!

Collega Meyer wird daher anheimgestellt,
das Parlament zu «alarmieren», so es ihm gefällt.
Er wende sich, zu Hundtags-Heldentaten,
vor allem an den richt'gen Adressaten!

Sachlich, sodann, ist sehr bestimmt zu sagen,
es war der Bundesrat bei seinem Tun getragen
vom rechtgemäßen Willen um des Staats Bestand,
zureichend seine Gründe, sich sorgend um das Land.

Notstand des Staates, wie der Bundesrat dies sah,
nötigt zum Handeln ihn, und es geschah:
Vorsorglich handeln ist Regierungspflicht.
Wer dies verkennt, der ist im Bilde nicht.

Ansonst müßt' er zum Schluß gelangen:
Kein Rechtsbruch wurde hier begangen,
auch blieb das Staatswohl unverletzt,
dem Staat zu dienen gilt es bis zuletzt!

Mit vorzüglicher Hochachtung!

sig. *Lüthi, Ba.*

Genosse Friedrich Schneider hat im Nationalrat erklärt, unsere Staatsschutzbestimmungen seien «ein lyrisches Gedicht». Und siehe da – unser Bundesanwalt dichtet in der Tat. Wohl dem Staate, dessen politische Polizei von einem *poeta laureatus* geleitet wird.

Red.